



5 StR 147/03

BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

vom 9. Juli 2003
in der Strafsache
gegen

1.

2.

wegen Betrugs

Der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat am 9. Juli 2003 beschlossen:

Die Anträge der Verurteilten auf Gewährung nachträglichen rechtlichen Gehörs werden zurückgewiesen.

G r ü n d e

Der Senat hat durch Beschluß vom 17. Juni 2003 die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Hamburg vom 25. November 2002 nach § 349 Abs. 2 StPO als unbegründet verworfen. Er hat dabei die Schriftsätze der Verteidiger vom 3. und 4. April 2003 berücksichtigt. Für ein Verfahren nach § 33a StPO besteht danach kein Raum.

Schließlich ist zu bemerken, daß der Senat in seinen nach § 349 Abs. 2 StPO gefaßten Beschlüssen das Vorliegen einer Gegenerklärung des Beschwerdeführers (§ 349 Abs. 3 Satz 2 StPO) regelmäßig nur dann ausdrücklich bestätigt, wenn die Gegenerklärung erst kurz vor der Senatsentscheidung abgegeben worden ist, so daß der Beschwerdeführer ernsthafte Zweifel an der Berücksichtigung seiner Gegenerklärung hegen könnte.

Harms Basdorf Gerhardt
Raum Schaal